

Antrag

der Fraktion der FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

**Sechswöchige Phase der Arbeitslosigkeit bei angehenden
Lehrkräften beseitigen**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. wie sie den Umstand bewertet, dass die angehenden Lehrkräfte in Baden-Württemberg erst zu Beginn eines jeden Schuljahres eingestellt werden, so dass zwischen der Beendigung ihres Vorbereitungsdienstes (Referendariat) und dem Antritt ihrer Stelle durch die Sommerferien eine sechswöchige Phase der Arbeitslosigkeit entsteht;
2. wie viele Lehrkräfte von dieser Problematik aufgrund der Lehrereinstellung zum Schuljahr 2011/2012 voraussichtlich betroffen sein werden;

II.

den Vorbereitungsdienst ab dem Jahrgang 2010/2011 um die Zeit der Sommerferien zu verlängern, sodass die sechswöchige Lücke im Interesse der Betroffenen geschlossen wird.

24. 05. 2011

Dr. Rülke, Dr. Timm Kern

und Fraktion

Begründung

In der Zeit zwischen Beendigung ihres Vorbereitungsdienstes und dem Antritt ihrer ersten Stelle müssen sich angehende Lehrer während der Ferien für sechs Wochen arbeitslos melden. Dies verursacht nicht nur einen erheblichen bürokratischen Aufwand, sondern ist aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion auch deshalb eine nicht nachvollziehbare Praxis, da Referendaren derselbe Urlaubsanspruch wie allen anderen Lehrkräften zugestanden werden sollte.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 14. Juni 2011 Nr. 14–0311.21/51 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,
I. zu berichten,*

1. wie sie den Umstand bewertet, dass die angehenden Lehrkräfte in Baden-Württemberg erst zu Beginn eines jeden Schuljahres eingestellt werden, sodass zwischen der Beendigung ihres Vorbereitungsdienstes (Referendariat) und dem Antritt ihrer Stelle durch die Sommerferien eine sechswöchige Phase der Arbeitslosigkeit entsteht;

Der Vorbereitungsdienst endet grundsätzlich mit Schuljahresende zum 31. Juli nach Bestehen der zweiten Staatsprüfung. Die Verlängerung des Vorbereitungsdienstes um die Zeit der Sommerferien ist aus sozialen Gesichtspunkten durchaus anzustreben. Da damit jedoch Mehrkosten in Höhe von ca. 11 Mio. € jährlich verbunden sind und die von der vorigen Landesregierung hinterlassene Haushaltssituation nach bisheriger Einschätzung als äußerst problematisch eingestuft werden muss, kann die Entscheidung hierüber erst getroffen werden, wenn die konkreten Zahlen über die Haushaltssituation vorliegen.

2. wie viele Lehrkräfte von dieser Problematik aufgrund der Lehrereinstellung zum Schuljahr 2011/2012 voraussichtlich betroffen sein werden;

Auf der Grundlage der vorliegenden Plandaten nach Berücksichtigung der Ergebnisse der Lehrerberichte der Schulleitungen sowie der Ergebnisse der Stellenauswertung nach Verbuchung aller stellenwirksamen Änderungsanträge der Lehrkräfte werden etwa 5.000 Lehrkräfte zum neuen Schuljahr eingestellt werden. Davon sind etwa 3.800 Neubewerberinnen und Neubewerber aus den landeseigenen Vorbereitungsdiensten, die ihren Vorbereitungsdienst zum 31. Juli 2011 beendet haben, von dieser Problematik betroffen.

II.

den Vorbereitungsdienst ab dem Jahrgang 2010/2011 um die Zeit der Sommerferien zu verlängern, sodass die sechswöchige Lücke im Interesse der Betroffenen geschlossen wird.

Hierzu wird auf die Darlegungen in I. 1. verwiesen.

Warminski-Leitheußer

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport